

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Gesundheits- und Umweltschutz beim Ausbau des Mobilfunks wirklich praktizieren**

Allein in der Stadt Bremen werden nach derzeitigen Schätzungen in der ersten Ausbauphase des Mobilfunknetzes an 400 Standorten etwa 600 zusätzliche Sendeanlagen installiert. 26 UMTS-Anlagen sollen gegen das eindeutige Votum der jeweils zuständigen Beiräte realisiert werden. Da selbst diese streitigen Anlagen ohne Baugenehmigung errichtet werden sollen, wird den Mobilfunkbetreibern gegen den eindeutigen Bürgerwillen der Weg widerstandslos geebnet. Nach neuen Urteilen verschiedener Verwaltungsgerichte zeichnet sich ab, dass auf Baugenehmigungsverfahren als letzte Möglichkeit staatlicher Kontrolle in vielen Fällen nicht verzichtet werden darf. Mit der leichtfertigen Freistellung sogar von strittigen Anlagen werden berechnete Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern in den Hintergrund gestellt – und der vorsorgende Gesundheitsschutz ignoriert.

Solange eine Vielzahl von Studien, die von namhaften Instituten erstellt wurden, nahe legen, dass eine Gesundheitsgefährdung durch Mobilfunkanlagen nicht ausgeschlossen werden kann, muss dem Vorsorgegedanken erheblich mehr Rechnung getragen werden. Auf allen Ebenen der Realisierung von Mobilfunknetzen gilt es, das Gesundheitsrisiko zu minimieren. Zudem gibt es einen erheblichen Forschungsbedarf im medizinischen und technologischen Bereich, der auch von der Bundesregierung attestiert wurde.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- für kritische oder von den Beiräten abgelehnte Einzelstandorte alternative Sendetechniken, z. B. an Ampeln angebrachte Mikrozellen – zu prüfen und ggf. zu realisieren,
- durch Ausrichtung der Antennen die Strahlenbelastung in Daueraufenthaltsbereichen und in Bereichen sensibler Nutzungen zu minimieren. Hierzu sind alle für die Berechnung der Belastungssituation erforderlichen Daten öffentlich zugänglich zu machen,
- ein spezifisches, die UMTS-Einführung begleitendes medizinisches Forschungsprogramm für Bremen und Bremerhaven ins Leben zu rufen. Epidemiologische Forschung ist insbesondere bei der Einführung einer flächendeckenden, neuen Technologie dringend erforderlich, um negative Gesundheitswirkungen überhaupt rechtzeitig entdecken zu können.

Dr. Karin Mathes, Dr. Helga Trüpel,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen